

8. Febr. 1846.

Obmännerkonferenz. Unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Bain fand heute eine Sitzung der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt. In derselben erstattete der Bürgermeister vorerst den Bericht über den Stand der Zentralstelle im Rathaus, wonach bis zum 7. Februar an fortlaufenden Unterstützungen 1.831.799 K., an einmaligen Unterstützungen 316.918 K., an Kosten für die Auspeisung 4.477.928 K. und für Näh- und Strickarbeiten 855.869 K. bezahlt wurden. An laufenden Unterstützungen sind bisher für 4.007 Personen pro Monat 118.050 K. bewilligt worden. Der Stand der Anmeldungen für den staatlichen Unterhaltsbeitrag beträgt per 7. Februar 233.609. - Der Bericht des Oberstadtpfysikus Dr. Böhm über die Gesundheitsverhältnisse der Wiener Zivilbevölkerung vom 20. Jänner bis 7. Februar besagt, daß der Krankenstand und die Sterblichkeit in der Berichtszeit ziemlich stark gesunken sind. Erkrankungen an Kriegseuchen sind nur vereinzelt vorgekommen.

Der Bürgermeister bringt zwei Statthaltereierlasse zur Kenntnis, in denen mitgeteilt wird, daß in Fällen, in denen die Ermächtigung erst während der durch die Mobilisierung bedingten Militärleistungen des Mannes erfolgt ist, den Ehefrauen vom Tage der Ermächtigung an ein Anrecht auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag zusteht, ebenso auch den Wahlkindern und Wahltern der zur aktiven Dienstleistung Herangesogenen, vorausgesetzt, daß die Annahme an Kindesstatt bereits vor Anordnung der allgemeinen Mobilisierung erfolgt ist.

Der Bürgermeister beantragt ein Schreiben an den Minister für Landesverteidigung <sup>hat</sup> mit der Bitte, daß auch in jenen Fällen, in denen die Adaption nicht formell vorgenommen wurde, also auch den Erlegkindern und Pflegekindern der Anspruch auf den Bezug des Unterhaltsbeitrages zuerkannt wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete dann, daß am 3. Jänner d.J. die Gemeinderäte Reumann, Skaret und Emswiler beim Erscheinen seien, um sich wegen Ausschreibung der im Jahre 1916 fälligen Gemeinderatswahlen zu erkundigen. Der Bürgermeister lies damals auf die Stellung der Regierung hin und betonte, daß das Ministerium des Innern im Hinblick auf die damaligen gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse, durch die ein großer Teil der wahlberechtigten Bevölkerung an der Ausübung des Wahlrechtes behindert ist, bereits vor einiger Zeit die politischen Landesstellen allgemein angewiesen habe, in ihren Verwaltungsgebieten in nächster Zeit allenfalls vorzunehmende Gemeindevertretungswahlen bis auf weiteres zu verschieben. Die Regierung stehe auf dem Standpunkte, daß die bisherigen Gemeinderäte solange fort zu funktionieren hätten, als durch Neuwahlen die neuen Gemeindefunktionäre sich durch die

Annahme ihrer Mandats zum Antritt bereit erklären. Die Vertreter der Sozialdemokratie hätten sich sodann bereit erklärt, auf „Burgfriedenswahlen“ einzugehen, bei welchen der bisherige Bestzustand jeder Partei gewahrt bleibe. Diese Mitteilung der Sozialdemokraten habe der Bürgermeister dem Obmann Dr. Hein der liberalen Partei und später dem Obmann des Bürgerklub Oberkurator Steiner nach dessen Rückkehr von einer Reise zur weiteren Behandlung in ihren Klubs überreicht. Er ersuche nun die Vertreter der Klubs, sich zu diesem Gegenstande zu äußern.

Gemeinderat Reumann erklärt neuerdings, daß seine Partei unbedingt auf dem Standpunkte legaler Wahlen beharre, da nur durch solche die Autonomie der Gemeinde geschützt werden könne.

Oberkurator Steiner bringt den gestrigen einstimmig gefaßten Beschluß des Bürgerklubs zur Kenntnis, welcher lautet: Der Bürgerklub fordert die Vorkahme der auf Grund des Gemeindestatutes der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien fälligen Ergänzungsgemeinderatswahlen und zwar unter der Bedingung, daß der Burgfriede und der Bestzustand der aus in Gemeinderäte vertretenen politischen Parteien parteimäßig und bezirkweise aufrecht erhalten bleibe.

Gemeinderat Dr. Hein bringt sodann den Beschluß seines Klubs zur Kenntnis. Derselbe lautet: Der Verband spricht sich für eine gesetzliche Verlängerung der abgelaufenen Gemeinderatsmandate auf Kriegsdauer aus, weil durch die Vornahme von Wahlen im gegenwärtigen Zeitpunkte nach § 2 der Gemeindevahlordnung die aktiv dienenden Militärpersonen von Wahlrecht ausgeschlossen wären und es von der Bevölkerung als ein großes Unrecht angesehen werden müßte, daß diejenigen, welche dem Vaterlande die schwersten Opfer bringen, gerade wegen ihrer Kriegsdienstleistung in ihren staatsbürgerlichen Rechten geschädigt werden würden.

An diese Erklärungen der Parteien knüpft sich eine sehr lebhafte, eingehende Debatte, bei welcher sowohl von Gemeinderat Steiner wie auch von Gemeinderat Reumann nachdrücklich betont wird, daß durch die Abhaltung von Burgfriedenswahlen in keinerlei Weise das Recht der im Felde stehenden Wähler beeinträchtigt wird, da ja bei Burgfriedenswahlen der Wiener bekannte Wille der Mehrheit der Wählerschaft zum Ausdruck kommt und kein Mensch behaupten könne, daß sich in zwei Jahren die Anschauungen der Wählerschaft so verändert hätten, daß eine andere Willensmeinung sich ergeben würde. Vor allem aber hätten die Wähler im Felde das größte Interesse, daß im Hinterlande geordnete, dem Gesetz und Statut entsprechende Verhältnisse bestehen und daß die Verhältnisse der Gemeindeverwaltung unter allen Umständen aufrecht bleiben. Beide Rednerbesprohen die Argumente der liberalen Partei als hinfällig. DR. Dr. Hein gab die Erklärung ab,

er werde neuerlich über die Vorkommnisse der heutigen Obmännerkonferenz seinem Klub berichten und behalte sich vor, dem Bürgermeister sodann die Entschliessung der liberalen Fraktion bekannt zu

geben:

Bürgermeister Dr. Weiskirchner behält sich vor, an die Regierung zu berichten und von seinen Standpunkte der Regierung die Absicht bekanntzugeben, zu die fälligen Wahlen statutengemäß zur Ausschreibung zu bringen.

Weiters berichtete der Bürgermeister über die Frage der Wiedereinberufung des Gemeinderates und schlägt vor in der letzten Februarwoche eine Gemeinderatsitzung abzuhalten und zwar mit folgender Tagesordnung: 1. Genehmigung der Verfügungendes Bürgermeisters; und der in die Kompetenz des Gemeinderates fallenden Stadtratsbeschlüsse, die seit 22. September 1914 gefaßt wurden. 2. Nachträgliche Genehmigung der beiden vom Bürgermeister verfüigten Budgetprovisorien. 3. Genehmigung eines Budgetprovisoriums für die Zeit von 1. April bis 30. Juni 1916. 4. Hauptrechnungsschluß der Gemeinde Wien für die Periode 1914/15 und Hauptveranschlag für die Periode 1915/16.

Die Obmännerkonferenz erklärt einstimmig, diesen Antrage des Bürgermeisters zuzustimmen und mit Rücksicht auf die außerordentlichen Zeit der Erledigung dieser Tagesordnung keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten.

Sodann erstattet Magistraterat Dr. Jambok einen eingehenden Bericht über die gegenwärtigen Milchverhältnisse und kommt zum Antrage, die Einführung der Milchkarte bis auf weiteres zu verschieben, dagegen den Magistrat zu beauftragen, die Ungleichheit, welche sich in einzelnen Bezirken zwischen Milchquantum und Bevölkerungsziffer ergibt, mit allem Nachdrucke auszugleichen. Auch diesem Antrage wird zugestimmt.

Oberkurator Steiner macht sodann den Bürgermeister aufmerksam, daß nach seinen Informationen die Gewährung einer Kriegszulage an die Staatsbeamten und Staatsangestellten seitens der Regierung in aller nächster Zeit zu gewärtigen sei und fragt, was der Bürgermeister hinsichtlich des kommunalen Angestellten zu tun gedünke. Der Bürgermeister erwidert, daß allerdings die Gemeinde Wien schon seit 1. Juni 1915 einem großen Kreise ihrer Angestellten Kriegszulagen ausbezahle, daß er jedoch den Magistrat bereits beauftragt habe, mit dem Finanzministerium Fühlung zu nehmen, und insofern, sich die staatlichen Zulagen von den kommunalen unterscheiden sollten, sofort unter Erstattung konkreter Vorschläge Bericht zu erstatten.

Kartoffelabgabe durch die Gemeinde Wien. In der Zeit vom 23. Jänner bis 3. Februar wurden von den Vorräten der Gemeinde Wien insgesamt 1.212.657 kg Kartoffeln an die Bevölkerung abgegeben. Davon entfallen 649.393 kg auf die einzelnen Märkte, 414.294 kg auf Parteien und 150.000 kg auf Genossenschaften.

Zum Entfange der salzwinischen Huldigungsdeputation. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat folgendes Telegramm erhalten: „Bei der Rückkehr von der Huldigungs-Deputation habe ich die besondere Ehre, noch einmal den wärmsten Dank für den glücklichen und gastfreundlichen Empfang seitens des dortigen Magistrates auszusprechen und zu versichern, daß die in Ihrer großen Residenzstadt Wien zugebrachten Tage in unserer Gedächtnisse unauslöschlich bleiben werden.“

Für die Gemeinde Spalato: Dr. Franz Madiraza.“

Städtische Anstalten für Sommerwohnungen. In der städtischen Anstalten für die Vermietung von Sommerwohnungen in Niederösterreich wurden im Jänner d.J. insgesamt 703 Wohnungen angemeldet und 14 Wohnungen vermietet. Die Anstalten an Wohnungsuchende werden unentgeltlich erteilt, ebenso werden die Wohnungsanmeldungen unentgeltlich entgegengenommen.

Gefallene Angestellte der Gemeinde Wien. In der letzten Zeit haben nachstehende Angestellte der Gemeinde Wien den Heldentod gefunden: Volksschullehrer Anton Miller (Infanterist im Landw.-Inf.-Reg. Nr. 1), Aufseher des 5. städtischen Waisenhauses Hermann Wisner (Infanterist im Landw.-Inf.-Reg. Nr. 4), die Schaffner der Straßenbahnen Laurenz Panoph (Gefreiter im Inf.-Reg. Nr. 4), Ludwig Scheuch (Vormeister im Feldkanonen-Reg. Nr. 6), die Hilfsarbeiter der Straßenbahnen Leopold Sayko (Infanterist im Landw.-Inf.-Reg. Nr. 1), Franz Schantl (Korporal im Husaren-Reg. Nr. 10), Martin Strack (Kampagne-Tambour im Inf.-Reg. Nr. 49), Schmied der Straßenbahnen Johann Schrom (Infanterist im Terr.-Landst.-Bat. Nr. 9), Lackierer der Straßenbahnen Josef Stifter (Infanterist im Inf.-Reg. Nr. 99), Professorinist der Elektrizitätswerke Leopold Matzka (Artillerist im Festungs-Art. Reg. Nr. 4), Hilfsarbeiter der Elektrizitätswerke Wilhelm Salmayer (Traueneoldat bei der Kriegsbrikkenequipage Nr. 81), Ritzer der städt. Steinbrüche in Oberdösterreich Johann Schatz (Infanterist im Landst.-Inf.-Reg. Nr. 2), städtischer Nachstraßenarbeiter Josef Pridal (Infanterist im Inf.-Reg. Nr. 54).

Belobung von Lehrpersonen. Der n. B. Landesschulrat hat der Arbeitslehrerin an der Bürgerschule für Mädchen 3. Bezirk Dietrichgasse 36, Marie Kraft, der Arbeitslehrerin an der Volksschule für Mädchen 10. Bezirk Handhartingergasse 17, Sofia Schwarz (in aushilfsweiser Verwendung an der Volksschule 3. Bezirk Petrusgasse 10) und der Arbeitslehrerin an der Volksschule für Mädchen 5. Bezirk Löwegasse 12 b, Anna Wieggrill, für ihr eifriges Wirken im Dienste der Kriegsfürsorge die belobende Anerkennung ausgesprochen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur F. Micheu.

Wien, 8. Februar 1918.

Interimsausgabe.

-----  
Lieber Redaktion!

Der Bericht über die heutige Obmänner-  
konferenz liegt noch bei der Zensur. Da ich laut  
Auskunft des Staatsanwaltes nicht weiss, ob ich ihn  
noch heute frei bekomme, geht Ihnen einstweilen fol-  
gende Interimsausgabe zu.

Hochachtungsvoll

F. Micheu.  
-----